

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Auer, Dresden, Postfach 100. Druck: Auer-Druckerei, Dresden, Postfach 100. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 3 Mark pro Quartal. Ausland: 4 Mark pro Quartal. Postamt: Dresden, Postfach 100. Telephon: 100. Telegramm: Auer-Druckerei. E-Mail: auer@tagedblatt.de

Nr. 68.

Sonnabend, den 16. April 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages hat am Dienstag nachmittag einberufen worden.

Der Mann meldet aus Bern, daß Dr. Simons die Wiederaufnahme der deutsch-französischen Besprechungen für den 19. oder 20. April in Aussicht gestellt habe.

Der tschechische Abgeordnetenausschuss für auswärtige Angelegenheiten beschloß einstimmig, daß die Frage der Beteiligung der Tschechoslowakei an den Sanktionen gegen Deutschland nur auf verfassungsmäßigem Wege gelöst werden kann.

Paul Mailänder Secolo hat Italien seinen Widerstand gegen die Teilung Oberschlesiens nach dem Bericht des Generals Berond in Paris ausgedrückt.

Der Kommunist und Arbeiter Roy G. die der politische Urheber der diesjährigen Märzunruhen, Führer der Roten Armee in Mitteldeutschland, ist vergangene Nacht im Westen Berlins verhaftet worden.

Bis zum 1. Mai.

Et. Die vierzehn Tage, die uns noch bis zum 1. Mai bleiben, werden von wichtigen politischen Aktionen ausgefüllt werden müssen. Es ist schon mehrfach darauf hingewiesen worden, daß eine Einigung, wenn eine solche möglich ist, in der Reparationsfrage zur Notwendigkeit wird. Vierzehn Tage sind aber eine sehr kurze Zeit. In dieser Zeit muß viel gearbeitet werden, und die knappe Frist muß, so gut es geht, wirksam ausgenutzt werden. Zur Stunde ist noch nicht bekannt, welche Wege für die deutsche Aktion gewählt werden. Wir hoffen, daß man alle Wege wählt, die möglich sind, und wenn dabei auch — wie das führende Berliner Zentrumblatt, die Germania, andeutet — eine neutrale Vermittlung in Frage kommen sollte, so muß auch hier alles getan werden, was getan werden kann. Die deutsche Öffentlichkeit hat die selbstverständliche Pflicht, jetzt die Regierung so zu unterstützen, daß die geplanten Wege auch zum Ziele führen. Wer jetzt mit irgendwelchen Sensationsmeldungen, nur um der Sensation willen, gewisse Wege durchkreuzt, handelt ohne jede Verantwortung, und wer jetzt beherrschende Gegensätze vergrößert, anstatt sie zu überbrücken, tut das gleiche. In dieser Hinsicht muß besonders auf die Regierungsbildung in Preußen verwiesen werden, die von einem ganz erheblichen außenpolitischen Interesse ist. Wie die neuen deutschen Vorschläge in einzelnen Aussehen, darüber läßt sich zur Zeit noch nichts sagen. Auch das ist eben eine Frage, wo in Ruhe abgewartet werden muß. Borerst muß sich das Kabinett natürlich selbst schlüssig werden; dann aber auch werden die Parteien ihr Wort abzugeben haben. Wie wir hören, wird der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten am nächsten Dienstag zusammenzutreten, und dann wird man ja vielleicht schon klarer sehen können. Neben den einzelnen Vorschlägen aber die Zahlungsmodalitäten wird vielleicht auch jetzt wieder der Gedanke eines internationalen Schiedsgerichtes, das die Höhe der deutschen Vorleistungen festzustellen hat, eine nicht unwesentliche Rolle in den Erörterungen spielen. Denn auch diese strittige Frage muß aus der Welt geschafft werden. Wie stellt sich nun die Entente zu den neuen Vorschlägen? Briand's Antwort haben wir ja bereits gehört, aber wichtiger scheint doch die Debatte in der französischen Kammer zu sein, in der sich alle Redner in unterschiedlicher Weise gegen den Regierungsentwurf ausgesprochen haben. Neuter hat ja von London aus eine britische Verlautbarung veröffentlicht, nach der die Londoner Regierung die deutschen Vorschläge mit sorgfältiger Aufmerksamkeit aufnehmen werde. Dieser taktische Gegensatz zu Briand ist aber nur sehr vorläufig zu bewerten, und zwar keineswegs zu unseren Gunsten, denn es ist mehr als wahrscheinlich, daß es sich dabei nur um eine Prestige-Angabe gegen Frankreich handelt, aus der wir doch keinen Nutzen ziehen können.

Kriegsrat im Elysee.

Beratung über die Einziehung des Ruhrgebiets und eine Blockade Hamburgs. So wie Paris teilt mit: Freitag findet im Elysee eine außerordentliche Sitzung unter Vorsitz des Präsidenten Millerand statt. Daran würden hauptsächlich teilnehmen: Briand, Barthou, Doumer, Doumer, Foch und General Mangin. Die Pläne zur Einziehung des Ruhrgebiets, vielleicht auch zur Blockade Hamburgs und der Behinderung der Kohlen, worauf man eventuell rechnen könnte, würden geprüft werden, sowie alle wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen, um zu Zahlungen zu gelangen. Außerdem sei für Anfang Mai eine interalliierte Konferenz in Paris geplant. Man hoffe, daß Lloyd George daran teilnehmen werde. Marc Allouin schreibt in demselben Blatte auf Grund von Ausreden mit hervorragenden politi-

schen Persönlichkeiten Frankreichs: Wir glauben nicht an Wunder; wir erwarten daher nicht, daß in der Zeit bis zum 1. Mai die Deutschen außer der Milliarde Goldmark, die sie sich gewepert haben, am 28. März zu bezahlen, auch noch die übrigen 11 Milliarden schiden werden. Wir wollen auch nicht mehr darauf rechnen, daß sie sich mit der Entwaffnung bescheiden werden, ebenso wie alle übrigen unerträglichen Verletzungen ihrer Verpflichtungen betrifft. Was ihre neuen Vorschläge anlangt, glauben wir Gründe dafür zu haben, auf nichts Ernstliches in dieser Hinsicht zu hoffen. So müssen wir denn handeln, und zwar ohne jede Schonung handeln. Unsers britischen Alliierten machen augenblicklich eine schwere innere Krise durch, die notwendigerweise ihre ganze Aufmerksamkeit fordert, die aber andererseits uns nicht davon abhalten kann, uns für die Zwangsmassnahmen zu interessieren, die wir gezwungen sind zu ergreifen und zwar mit Unterstützung englischer Kräfte, wenn dies möglich ist, und ohne sie, wenn es notwendig sein sollte.

Auch England für Besetzung des Ruhrgebiets?

Morning Post beabsichtigt Paris, bei den augenblicklichen inneren Schwierigkeiten Englands die Hand im Spiele zu haben. Anknüpfend an die Unterhandlung Lloyd Georges, daß keinerlei Uebereinkommen mit Frankreich bezüglich der gegen Deutschland anzuwendenden Zwangsmassnahmen getroffen worden ist, wenn Deutschland am 1. Mai seinen Reparationsverpflichtungen nicht nachkommt, schreibt das Blatt: Die englische Regierung steht augenblicklich vor der Frage, ob sie Frankreich unterstützen will bei den Massnahmen, die Frankreich dann beschließen wird, oder ob sie in Untätigkeit beiseite stehen will. Wenn England sich weigert, Frankreich zu unterstützen, wenn es seine deutsche Pflicht ist, dies zu tun, dann kann es auch von Frankreich keine Unterstützung erwarten, wenn seine eigene Zeit zur Verfügung kommt. Der Bormark in das Ruhrgebiet wird ein kritischer Punkt in der Geschichte Großbritanniens und ein Scheidewege sein. Wenn England zu Frankreich hält, dann ist die Entente befestigt, und England und Frankreich bleiben dann nicht nur Freunde, sondern auch Alliierte. Wenn England jedoch beiseite steht und Frankreich geht, dann öffnet England einen Spalt, der sich mit jedem neuen Schritt erweitern muß. Belgien, das in einer weit größeren Versuchung steht, wird sich wohl ohne Zaudern an die Seite Frankreichs stellen. Der einzige ungewisse Faktor ist England. Über England kann nach den Erklärungen Lloyd Georges auf der Londoner Konferenz kein ungewisser Faktor sein. Auf die damaligen mutigen Worte Lloyd Georges müßten jetzt Taten folgen.

Der deutsche Botschafter bei Lloyd George.

Neuter meldet gestern früh den Besuch des deutschen Botschafters in London bei Lloyd George.

Belgiens Erhebung des Zollschlags.

Nach Brüsseler Meldungen kündigte in der gestrigen Sitzung der belgischen Kammer der Finanzminister den Vorschlag an auf Erhebung der 50prozentigen Einfuhrabgabe auf deutsche Waren auch in Belgien.

Tschechoslowakei und Sanktionen.

Im tschechischen Abgeordnetenausschuss für auswärtige Angelegenheiten erklärte Minister Dr. Benes, daß in der Frage der Beteiligung der Tschechoslowakei an den Sanktionen gegenüber Deutschland sowohl die politischen, wie auch die wirtschaftlichen Interessen der Republik gewahrt werden müßten. Die Regierung prüfe in diesem Sinne die Angelegenheit und werde sie der Entscheidung des Parlaments vorlegen. Der Antrag eines Abgeordneten, den Minister aufzufordern, die Teilnahme an den Sanktionen abzulehnen, wurde mit 12 gegen 7 Stimmen der Deutschen und Kommunisten abgelehnt.

Neue Handelswege.

W. W. Die Androhung der militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen hatte eine bemerkenswerte Wirkung: nämlich eine ansehnliche Steigerung der österreichischen, tschechischen und italienischen Valuta. Damit sind die neuen Wege angedeutet, die der deutsche Handel zur Vermehrung der Entente-Belastungen einschlagen will: die Landwege über Österreich nach Italien und dem Mittelmeer. Der zur Verhinderung der Waren- und Transportkosten sich geltend machende gesteigerte Bedarf an Devisen dieser Länder rief ihre Höherbewertung hervor. In der Tat sind diese Wege geeignet, Deutschland teilweise Ersatz für die gesperrte Ausfuhr nach England zu bieten. Umgekehrt würde Italien durch die Verhinderung deutscher Waren restlos auf die erheblich teureren französischen und englischen Waren angewiesen sein und weigert sich daher aus Selbsterhaltungstrieb, die von der Entente beschlossene Abgabe auf deutsche Waren bei sich einzuführen, wie sich auch Belgien dagegen sträubt, um gegenüber den holländischen Häfen konkurrenzfähig zu bleiben. Dies gilt namentlich für die Kohle. Die Verhältnisse haben sich hier seit dem Kriege von Grund auf geändert. Vor dem Kriege konnte die deutsche Kohle in Italien trotz aller Frachtbegünstigungen mit der auf dem billigen Seewege angelieferten englischen Kohle nicht im

Wettbewerb treten; daher betrug die Einfuhr englischer Kohlen fast 3 Millionen Tonnen gegen 0,1 Millionen Tonnen deutscher Kohlen (hauptsächlich nach Stationen nahe dem Endpunkte der Gotthardbahn). Jetzt ist die englische Kohle der hohen englischen Valuta gegenüber dem italienischen Vire bedeutend teurer als die deutsche, und der lange, an sich kostspielige Landweg ist ebenfalls billiger als die englische Seefracht, weil die Durchgangsländer Österreich, Tschechien und Deutschland gegenüber Italien unterwertige Valuta haben. Der viel nähere Weg durch die Schweiz ist dagegen zu teuer, obgleich die Schweizerischen Bundesbahnen für regelmäßige Massentransporte bis zu 45 Prozent Rabatt auf die offiziellen Tariffsätze angeboten haben. Italien bezieht deshalb Kohle mit Vorliebe aus Oberschlesien über die österreichische Südbahn, und auf demselben Wege werden von dort Südrutsche, Erze und Schwefel nach Deutschland eingeschifft.

Außer diesem vorteilhaften Wege nach den Mittelmeer-Ländern steht den deutschen Waren noch der Weg nach den neutralen Ländern, also nach Holland und den nordischen Ländern offen. Erweitert man sich, daß vor dem Kriege 85,5 v. H. des Gesamtwertes der deutschen Ausfuhr nach europäischen Ländern ging — von denen das wichtigste, Rußland, mit 1.800 Millionen Mark die auf weiteres fast vollständig fortfällt — während 84,5 v. H. auf außereuropäische Länder entfielen (allen voran Amerika mit 1.450 Millionen Mark, das nach dem Kriege seine Einfuhr aus Deutschland infolge seiner Kapitalkraft noch beträchtlich gesteigert hat), so erkennt man, daß den Abgabezoll der Entente auf deutsche Erzeugnisse die deutsche Volkswirtschaft zwar einengen, aber durchaus nicht lahmlegen wird. Viel schwerwiegender ist für Deutschland die zum 1. Mai angekündigte Besetzung des Ruhrgebietes. Wodurch würde die Entente fast die ganze deutsche Kohlenproduktion beherrschen (Ruhrgebiet, Saargebiet und Oberschlesien liefern 90 Prozent der deutschen Kohlenproduktion). Stattdes gibt es auch hiergegen Abwehrmittel, die im wesentlichen auf dem Gebiete der Technik liegen.

Meine politische Meldungen.

Als im Auswärtigen Amt. Der Ministerpräsident im Auswärtigen Amt, v. Simons, hat einen längeren Urlaub angetreten. Die Nachricht hat natürlich politische Bedeutung. Jetzt ist wahrlich keine Zeit für Erholungsurlaub im Auswärtigen Amt. In den Reden v. Simons hat der Ministerpräsident von London verantwortlich gemacht worden, und er geht nun folgerichtig, da ein anderer Weg als der Bombardement eingeschlagen werden soll. Als sein Nachfolger wird in jenseitigen Kreisen Professor Maxin Spahn genannt.

Ein Übergangskabinet in Dresden? Ministerpräsident Stegerwald hat den Koalitionsparteien mitgeteilt, daß er kein Kabinet bilden will, das als Fortsetzung des alten Kabinetts anzusehen wäre. Er will aber auch nicht ergebnislos zurücktreten. Er schlägt nun vor, ein Kabinet, bestehend aus den drei Ministern Stegerwald, Severing und Fischer, je einem parlamentarischen Staatssekretär zur Aufrechterhaltung der politischen Verbindung mit den Koalitionsparteien und die Besetzung von vier Ministerien mit Beamten. Falls auch dieser Vorschlag nicht verwirklicht werden sollte, ist er entschlossen, ein Geschäft- und Übergangskabinet zu bilden. Inwieweit die Verantwortung für die Fortführung der Regierungsgeschäfte zu überlassen.

Die schwarzen Banden in der Pfalz. In der ganzen Pfalz sind am Dienstag und Mittwoch neue schwarze Truppen eingedrungen. Da die Truppen provisorische Quartiere beziehen und zum Teil reich mit Kriegerle ausgefüllt sind, ergiebt sich die Annahme, daß die neuen Truppen zu Spezialmaßnahmen gegen das Rheins Verwenden finden sollen.

Grundrissliche Revision der europäischen Friedensverträge. Die Times melden aus Rom: Lord Hardings Botschaft im Kongress wird in der Remporter Presse als der Anfang einer grundsätzlichen Revision aller europäischen Friedensverträge aufgefaßt. Die Sun berichtet, daß der Vizepräsident Argentins und Brasiliens aus dem Vizebund die erste unmittelbare Wirkung der Hardingschen Abgabe an den Weltkrieg sein werde.

Amerikanisch-deutsche Annäherung. Der Herald meldet aus Washington: Senator Johnson hat mit 21 Unterschriften im Senat eine Resolution zu dem Anzösischen Antrag auf Erklärung des Friedenszustandes mit Deutschland eingebracht, um die Wiederherstellung der diplomatischen und konsularischen Beziehungen mit Deutschland für den 1. Mai aufzunehmen.

Harding und der Papst. Bei Besprechung der Botschaft Hardings hat Kardinal Romano die Wendung der Botschaft über die Errichtung eines internationalen Schiedsgerichtes, dem die Vollmacht erteilt werden solle, vorkommendenfalls Zwangsmassnahmen anzuwenden, hervor. Das Blatt bemerkt, wenn dies die Meinung Hardings sei, so näherte er sich der Auffassung des päpstlichen Stuhles. Die Botschaft Hardings bedeute eine Verurteilung und das Ende des Vizebundes.

Verhandlungen gegen Österreich. Der französische Gesandte Sclavo-Montello gab beim Bundeskanzler Dr. Wray im Auftrag seiner Regierung folgende Erklärung ab: Falls die österreichische Regierung nicht indubio sein sollte, die gegenwärtig auf den Wankeln der deutschen hinstehenden Unterleibe wirkungslos zu machen, so würde die französische Regierung die Intervention des Vizebundes einstellen und die Reparationskommission würde in ihrem Befugnissen vollständig wiederhergestellt werden. Die Vertreter der englischen und der italienischen Regierung schlossen sich dieser Erklärung des französischen Vizebundes an.

Ande. 17. hnung. arif stellt, Stück lattes. er! n Posten. ar die. und die 24 W. 2. 11.50 12.00 7.00 1.25 4.60 äse w. ue, ppon 574. 3.50 was es gibt. bester Erlaß. schenwuch. st. Schell. nge 4 Stück. 3.50. telger. Broschüre. totterns und. et und ohne. alsbesucher. 1.00. habe mich. Bitte teilen. es Büchlein. g kostenlos. trasse 33. Zimmer. rtr. Nicht er. Glangebor. lattes erbeten. mmer. enbenützung. ben unter. Tageblattes. er. Re. 6. chaltene. 1.00. 1.00. Biege. a verkauft. be 6. örse. gefunden. er Tageblatt.